

## CDU, CSU und SPD einigen sich auf Pakt für den Rechtsstaat

Sondierung in Berlin erfolgreich – Parteitag entscheidet über große Koalition



Berlin. Die Spitzen von Union und SPD streben eine neue große Koalition an. Kanzlerin Angela Merkel, SPD-Chef Martin Schulz und der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer verständigten sich in Berlin auf Grundzüge der Zusammenarbeit. Die drei Parteien verabschiedeten ein rund 30 Seiten starkes Papier mit den Ergebnissen ihrer

Sondierung. Das Kapitel zum Thema Innen, Recht und Verbraucherschutz auf Seite 17 ist mit „**Pakt für den Rechtsstaat**“ überschrieben, den der Deutsche Richterbund (DRB) wiederholt und zuletzt zum Jahreswechsel etwa in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gefordert hat.

In dem Sondierungspapier heißt es: „Wir werden den Rechtsstaat handlungsfähig erhalten. Dies stärkt auch das Vertrauen in die rechtsstaatliche Demokratie.“ Ein Pakt für den Rechtsstaat solle geschlossen werden. „**Bestandteil dieses Paktes sind mindestens 2000 neue Stellen in der Justiz.**“ Die Zahl 2000 fehlender Richter und Staatsanwälte hatte DRB-Vorsitzender Jens Gnisa bereits im August 2017 beim Auftritt vor der Bundespressekonferenz in Berlin genannt.

Zudem sprechen sich die Verhandlungspartner für eine bessere „**IT- und Gebäudeausstattung sowie effiziente Verfahren**“ aus, was der DRB etwa in Empfehlungen für einen starken Rechtsstaat gemeinsamen mit dem Deutschen Anwaltverein gefordert hat. ([Eckpunkte von DAV und DRB zur Bundestagswahl 2017](#))

Die drei Parteien setzen sich zudem für eine sichere Digitalisierungsstrategie ein. Handlungsbedarf bestehe dort, „wo Sicherheitsstandards nicht eingehalten werden können“. Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern soll bei der Cyberabwehr ausgebaut werden. „Wirtschaftskriminalität und organisierte Kriminalität werden wir konsequent bekämpfen“, heißt es in dem Papier weiter.

Eine moderne Gesellschaft brauche modernes Recht. Deshalb haben CDU, CSU und SPD ihr Augenmerk etwa auf die Punkte Opferschutz, Folgen der Digitalisierung, Urheberrecht, Familienrecht sowie auf die Strafprozessordnung gelegt, für die der DRB ebenfalls weiteren Reformbedarf sieht. Beim Verbraucherschutz sprechen sich die drei Parteien für die Einführung einer Musterfeststellungsklage aus.

Über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen muss nun ein SPD-Parteitag am übernächsten Sonntag entscheiden.

---

Redaktion: Matthias Schröter  
Mitarbeit: Konstantin Hoffmann

Bild: Marcito – fotolia.com

Newsletter Archiv

© Deutscher Richterbund

Deutscher Richterbund e.V.  
Haus des Rechts  
Kronenstraße 73  
10117 Berlin

Tel. 030-20 61 25-0  
Fax 030-20 61 25-25  
info@drb.de  
www.drb.de